

# Brief aus dem Nationalrat : die Mächtigen, der Bundesrat und wir

Autor(en): **Braunschweig, Hansjörg**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **84 (1990)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **10.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-143559>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

sind am meisten betroffen vom perfiden Verwirrspiel der Wirtschaft, die einmal die nationalistische Geige spielt und dann den Mund voll nimmt mit «transnational» und «global». Sie könnten weltweit sagen, dass die Nationen ein Relikt des 19. Jahrhunderts sind.

9. Die Schweiz benötigt dringend eine Öffnung dem *Weiblichen* und den *Frauen* gegenüber. Mit Quoten allein ist es nicht getan. Aber auch nicht mit einer Gleichschaltung. Es geht überhaupt nicht darum, dass Frauen *auch* in der Armee und der Polizei, der Feuerwehr und dem Schützenverein zugelassen werden. Es geht primär um die Schaffung neuer, sinnvoller Vereine mit anderen Zielen als der Zelebration der Macht und Stärke, der Männlichkeit und des Heroentums. Niemand lächle daher über eine lange, mühsame und gemeinsam zu vollziehende Umschichtung von Vereinen, von Kirchen, von Sprache, von Theologie usw. Wahrscheinlich geht es miteinander in Richtung einer erneuerten Subsistenz, wie die Bielefelder Frauen Bennholdt-Thomsen und Mies von Werlhof theoretisch vorausahnen und dafür ihre Universitätsposten wie Verräterinnen verlassen mussten.

10. Immer verschlossen war das Land Schweiz *Künstlern* gegenüber. Mit «derartigen Menschen» kam sie stets erst postum zurecht. Dazu schreibe ich gar nicht viel, denn jede/r kennt mindestens eine Tragödie oder auch Komödie selbst. – Da wir gerade die Vorgänge im Osten bestaunen, möchte ich als Vision fragen: Können wir uns in dieser Schweiz nach dem Beispiel der Tschechoslowakei einen Dichter, Dramatiker und Schriftsteller wie Max Frisch als Staatspräsidenten vorstellen? Gut, liesse sich einwenden, wir kennen keine Präsidenten, und wenn er schon will, kann er sich der nächsten Wahl ins Parlament stellen. Doch mir geht es um solche Zeichen. Warum weiss keiner meiner Bekannten aus fünf Kantonen einen Gemeindepräsidenten aufzuzählen, der Künstler ist? Wie verschlossen und kleinlich wir doch in der Schweiz geworden sind, zeigt die Aussage eines Stadtpräsidenten: «Ohne Recht studiert zu haben, kann wohl immer weniger jemand eine verantwortungsvolle Stellung in einer Kommune übernehmen.» Dass dieser Mann daraus auch noch den Schluss zieht, das sei «eine positive Folge des Rechtsstaats», zeigt die Absurdität einer kafkaesk gewordenen «Schloss»-Schweiz auf.

---

Brief aus dem Nationalrat

## Die Mächtigen, der Bundesrat und wir

### Eine zeitgemässe Art der Desertion

Auf eine Interpellation des Bündner Sozialdemokraten und derzeitigen Präsidenten der Aussenpolitischen Kommission, Martin Bundi, hin bestätigte Bundesrat René Felber am 14. Juni 1990 das *Geheimabkommen Schweiz–Kanada* von 1985, eine Absichtserklärung über die Rahmenbedingungen für die vorübergehende Verlegung schweizerischer Unternehmen nach Kanada im Krisenfall. Die Führungskräfte, die uns so gerne Verantwortungsbewusstsein und Opfer-

symmetrie predigen, sollen sich in bedrohlicher Lage ins Ausland absetzen und uns, das Volk, der Katastrophe preisgeben. Bereits haben sich rund 100 interessierte Firmen für diesen Fluchtweg in ein vertrauliches(!) Register eintragen lassen. Allerdings sei eine Militärdienstbefreiung für diese zeitgemässe Art der Desertion nicht vorgesehen. Ob die Direktoren und Verwaltungsräte nach einer allfälligen Rückkehr vor Militärgericht gestellt werden wie vor 50 Jahren die Spanienkämpfer oder später die vielen jungen Schweizer, die in der fran-

zösischen Fremdenlegion Heil und Trost suchten? Auch dieser Weg ist nicht vorgesehen. Den Firmen werde empfohlen, Kader miteinzubeziehen, die nicht militärdienstpflichtig sind! Felber blieb konsequent und sprach von Absprachen mit weiteren Ländern, die zum Schutze von Vermögenswerten schweizerischer Unternehmen in Frage kommen könnten. Ich habe Martin Bundi noch selten so unzufrieden und entrüstet erlebt.

### **Konflikt zwischen Privatwirtschaft und Armeeführung**

Der Nationalrat überwies vor Jahresfrist einstimmig ein *Postulat der Geschäftsprüfungskommission* (89.021), das den Bundesrat um einen Bericht ersucht, wie die Koordination zwischen Studium, Berufs- und Weiterbildungsschulen einerseits und Militärdienst andererseits verbessert und wie die Wehrpflicht als Schranke der Privatautonomie im Vertragsrecht zur Geltung gebracht werden könnte.

Dazu erklärte Nationalrat Paul Günter: «Von einer Grossbank über die Ingenieurschule im Kanton Waadt bis hin zu Gemeinden und schweizerischen Organisationen, alle machen ihren Leuten für die Dauer von zum Teil dreijährigen Ausbildungen die Auflage, weder Militärdienst noch Ferien zu planen!» Ich habe schon früher auf dieses Postulat aufmerksam gemacht. Seit her ist dazu einiges durchgesickert: Die Schweizerische Volksbank verhindert offenbar den Militärdienst der höheren Angestellten besonders systematisch. Bei Anstellungsgesprächen der Schweizerischen Kreditanstalt spiele die Offizierslaufbahn keine Rolle mehr. Beim Bankverein ist es unausgesprochen geradezu erwünscht, wenn ein Kandidat keinen Militärdienst leistet und der Bank ununterbrochen zur Verfügung steht (möglichst auch ohne Ferien, Krankheit und Familie...). Dann kann er im Krisenfall sofort nach Kanada entsandt werden!

Der Konflikt ist beträchtlich: Bundesrat Villiger sprach von über 10000 Verschiebungs- und Wiedererwägungsgesuchen für Militärdienstleistungen in einem einzigen Jahr. Zur Begründung verwies er auf Aus- und Weiterbildung, die anspruchsvoller ge-

worden seien. Das ist richtig. Aber das andere auch: Der Militärdienst hat für die Privatwirtschaft an Sinn und Bedeutung ganz wesentlich eingebüsst. Der Ausbildungschef der Armee, Korpskommandant Rolf Binder, lud die Grossbanken zu einer Koordinations-Konferenz ein. Am Vorabend liessen sich die Bankenvertreter entschuldigen, ohne ein neues Datum vorzuschlagen. Damit brachten sie auch zum Ausdruck, wer in diesem Lande das Sagen hat!

Erst nach dem Bekanntwerden des Geheimabkommens mit Kanada ist mir die tiefere Bedeutung des Postulats der GPK 1989 bewusst geworden. Früher gab es ähnliche Szenarien für den Bundesrat: als schweizerische Exilregierung in Irland! Nun will der Bundesrat auch im Krisenfall landesväterlich bei uns bleiben! Das ist tröstlich. Allerdings verschwindet er im *Bundesratsbunker* irgendwo in einem bernischen Feriendorf. In diesen Tagen sollen wir dafür eine weitere Tranche von 56 Millionen Schweizer Franken bewilligen. Die Gesamtanlage kostet eine Viertelmilliarde, aber das ist geheim und musste dem «Blick» entnommen werden!

Für uns Gewöhnlich-Sterbliche bleiben die Zivilschutzbunker, sofern wir an deren Schutzwirkung glauben.

### **Dennoch ein heiterer und hoffnungsvoller Schlusspunkt**

Das *Atomkraftwerk Greifswald* in der DDR soll noch in diesem Jahr stillgelegt werden – wegen gravierender Sicherheitsmängel. Die Leserinnen und Leser erinnern sich: Vor zwei Jahren war ich mit einer Parlaments-Delegation in der DDR und stellte in Rostock die Frage nach der Zukunft des Atomkraftwerks. Meine Fragen und Bedenken stiessen erwartungsgemäss auf Unverständnis und Ablehnung. Ich wusste dies, wollte aber allfällig anwesenden DDR-Skeptikern (oder gar Gegnern) mit meinen Vorbehalten Mut machen. Die bürgerlichen Kollegen (und eine Kollegin) der Schweizerdelegation reagierten hämisch auf die mir erteilte Abfuhr. Nach 20 Monaten bin ich fröhlich und zuversichtlich gestimmt!

Hansjörg Braunschweig